Zeitschrift: Neue Schweizer Rundschau
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 12 (1944-1945)

Artikel: Weltpolitik zu Beginn des Jahres 1945
Autor: Salis, J.R. von
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-759413

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

WELTPOLITIK ZU BEGINN DES JAHRES 1945

VON J. R. VON SALIS

Es war für viele eine Enttäuschung, daß das Jahr 1944 nicht das Kriegsende brachte. Dennoch muß gesagt werden, daß die militärischen Erfolge der Alliierten und ihre Leistungen auf allen Gebieten außerordentlich waren. Die militärische und organisatorische Leistungsfähigkeit eines Jahres war zweifellos voll ausgeschöpft. Von überseeischen Basen aus haben Engländer und Amerikaner in kurzer Zeit die deutschen Befestigungen am Atlantischen Ozean und am Mittelmeer überwunden und Frankreich, Belgien und einen Teil Hollands zurückerobert. Das war schwieriger und erforderte größere Vorbereitungen als der deutsche Westfeldzug von 1940, der die klassischen Invasionswege des Festlandes benutzen konnte und auf militärisch und technisch nicht genügend vorbereitete Gegner traf. Außerdem hatte die strikte Befolgung ihrer Neutralitätspflichten durch Holland und Belgien 1940 diese beiden Länder verhindert, ihre Landesverteidigung mit derjenigen Frankreichs und des britischen Expeditionskorps auf dem Kontinent zu koordinieren, so daß die deutsche Wehrmachtsführung damals relativ leichtes Spiel hatte, ihre Gegner getrennt zu schlagen. Während 1944 das alliierte Invasionsunternehmen auf eine einheitliche, von langer Hand vorbereitete und auf großer Kampferfahrung beruhende deutsche Verteidigung entlang der ganzen französisch-belgisch-holländischen Küste stieß. Außerdem waren starke alliierte Kräfte in Italien gebunden, die bereits vor der Invasion Frankreichs in einer schwierigen Offensive die Deutschen von ihren Stellungen bei Cassino über Rom bis zu den Apenninen zurückwarfen. Von italienischen Häfen aus stach dann die zweite Invasionsflotte in See, die an der französischen Riviera landete, um die Deutschen aus Südfrankreich zu vertreiben und bis Burgund vorzustoßen. Damit nicht genug, übernahm das britische Mittelmeerkommando im Herbst die zusätzliche Aufgabe, Truppen in Griechenland zu landen und die Deutschen auch aus diesem Land zu vertreiben, ferner über die Adria der kämpfenden Partisanenarmee Titos in Jugoslawien Hilfe zu bringen. Wenn man dazu den enormen Aufwand an Material und

Mannschaft rechnet, den England und Amerika täglich für den Luft- und Seekrieg machten, so dürfte kein Zweifel möglich sein, daß der Kriegseinsatz dieser beiden Reiche — ihre Kriegsproduktion in den Fabriken und in der Landwirtschaft mit eingerechnet — im Jahre 1944 ein maximaler war. Denn zu dem Krieg in Europa und im Mittelmeer haben sie denjenigen in Burma, wo eine beträchtliche britische Armee eingesetzt ist, und im Pazifik, wo die amphibischen Operationen der Amerikaner diese bis auf die Philippinen-Inseln zurückgebracht hat, geführt. Die außerordentlich ernsten Worte, mit denen am Jahresende der Mikado die Lage Japans schilderte, beweisen zur Genüge, daß seit Pearl Harbour — innerhalb von drei Jahren — Amerikaner und Briten dem Krieg im Fernen Osten eine andere Wendung zu geben verstanden haben.

Nicht geringer dürfen die Leistungen Sowjetrußlands im eben vergangenen Jahr eingeschätzt werden. Auch hier spricht die militärische Lagekarte eine beredte Sprache. Ende 1943 tobten Kämpfe noch im Dnjepr-Knie und vor Leningrad. Die Gebiete, die die Russen im Jahre 1944 zurückerobert haben, sind größer als diejenigen, die die Angelsachsen in Europa in ihren Besitz gebracht haben. Das ganze Sowjetterritorium wurde befreit. Die baltischen Staaten wurden mit Ausnahme des Küstengebietes von Kurland erobert, desgleichen Ostpolen bis zur Weichsel und teilweise bis westlich dieses Stromes. Die mit Deutschland verbündeten Länder, Finnland, Rumänien, Bulgarien, kapitulierten und nahmen eine Schwenkung ins alliierte Lager vor. In Ungarn mißlang dem Reichsverweser von Horthy im letzten Augenblick eine entsprechende Wendung; aber der Erfolg der russischen Waffen und der Abfall maßgebender ungarischer Persönlichkeiten, die sich unter russischer Aegide zu einer neuen ungarischen Regierung in Debrecen zusammenschlossen, bewirkten gegen Jahresende den fast vollständigen Verlust Ungarns für die Deutschen.

Es ist nicht überflüssig, sich diese Entwicklung vor Augen zu halten, ehe man die *politischen* Aspekte der Lage ins Auge faßt. Die großen Schwierigkeiten, die gegen Jahresende aufgetaucht sind und die nach der Hochstimmung des letzten Sommers so ernüchternd auf die Weltöffentlichkeit gewirkt haben, sollten nämlich zwei Dinge nicht in Vergessenheit geraten lassen: 1. daß *alle* Alliierten im Jahre 1944 maximale Leistungen vollbracht haben; 2. daß sich *alle* Alliierten in ihren Operationen an das Programm von Teheran gehalten haben, wonach die Festung Europa von Westen, Süden und Osten gleichzeitig angegriffen werden sollte. Alle Koalitionskriege der Geschichte weisen die für ein gemeinsames Vorgehen mehrerer Mächte charakteristischen Spannungen und Schwierigkeiten auf, so auch der Koalitionskrieg gegen die Achsenmächte. Nicht das ist zum Verwundern,

daß derartige Schwierigkeiten aufgetaucht sind, sondern, daß trotz diesen Schwierigkeiten die gegenseitige Hilfeleistung und die Koordination der militärischen Operationen so weitgehend möglich war. Denn die antideutsche Koalition ist eigentlich eine unvorbereitete, improvisierte Allianz. 1939 bestand weder ein englisch-russisches, noch ein französisch-russisches, noch ein englisch-amerikanisches, noch ein amerikanisch-russisches, noch ein amerikanisch-französisches Bündnis, von dem Anschluß Chinas oder der kleineren europäischen Staaten an dieses Bündnissystem — es sind: Polen, Norwegen, Dänemark, Holland, Belgien, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Griechenland — nicht zu reden. Auch nicht zu reden von der nachträglichen co-belligeranza abgefallener Verbündeter Deutschlands, wie Italien, Finnland, Rumänien, Bulgarien. Nicht zu reden endlich von den tiefen inneren Wandlungen, die mehrere Koalitionsmitglieder durchmachen mußten, ehe sie, nach anfänglich erlittener Niederlage, neuerdings in Reih und Glied mit den kämpfenden Verbündeten treten konnten — man denke an das Frankreich de Gaulles und an das Jugoslawien Titos. Daß derartige Wiedergeburtswehen zu schwersten Wirren führen können, beweisen neuerdings die Fälle Griechenland und Polen. Auch hier kann man wiederum sagen, daß nicht das Vorhandensein schwieriger politischer Probleme in dem weltweiten und bunten Verein der «Vereinten Nationen» Anlaß zum Staunen bietet, wohl aber die relativ einträchtige Weiterführung des begonnenen Werkes und der allseitige gute Wille, es zu einem guten Ende zu führen.

Es hätte in der Hand Deutschlands gelegen, 1944 dem Krieg ein Ende zu bereiten. Die Geschichte wird einst die Vorgänge, die unter dem Stichwort «Attentat des 20. Juli» bekannt sind, aufklären. Sie bewiesen jedenfalls zwei Dinge, einmal daß Hitler als Hindernis für eine Einstellung der Feindseligkeiten empfunden wurde, sodann daß in hohen militärischen, diplomatischen und Verwaltungskreisen Deutschlands offenbar Umsturzpläne zwecks nachfolgenden Friedensschlusses geschmiedet wurden. Seitdem nicht nur der General von Seydlitz, sondern auch Feldmarschall Paulus und eine große Zahl deutscher, in russischer Kriegsgefangenschaft befindlicher Offiziere durch Aufrufe die Parole zum Sturz Hitlers und zum Abbruch der Feindseligkeiten ausgegeben haben, dürfte nirgends mehr ein Zweifel an der Aussichtslosigkeit der Fortsetzung des Krieges durch das nationalsozialistische Regime herrschen. Auch andere hohe Militärs, die mit der deutschen Kriegführung eng vertraut waren, wie Badoglio, Mannerheim und Horthy, drückten sich darüber mit jeder nur wünschbaren Deutlichkeit aus. Deutschland ist in der tragischen Lage, daß sich längst sein nationales Interesse nicht mehr in Uebereinstimmung mit den Interessen seines politischen Regimes befindet. Der

Zeitgewinn, für den das deutsche Heer und Volk kämpft, verlängert wohl die Herrschaft der Parteiführer und -funktionäre; aber vernünftigerweise ist nicht einzusehen, welchen Vorteil dem deutschen Volk und Staat als solchem dieser unter ungeheuren Opfern an Gut und Blut erkämpfte Zeitgewinn eintragen soll. Es gab eine Zeit, wo das Ausbleiben der «zweiten Front» im Westen und die darüber geäußerte Ungehaltenheit der Russen in deutschen Regierungskreisen die Hoffnung nähren mochte, Stalin würde sich zu einem Separatfrieden bereit finden lassen, was wiederum der deutschen Wehrmacht erlaubt hätte, sich mit ganzer Macht den westlichen Feinden entgegenzuwerfen. Doch bereits damals übersahen diejenigen, die vielleicht so rechneten, daß trotz der tatsächlich tiefgehenden Verstimmung zwischen Moskau und den Angelsachsen die Sowjetregierung niemals durch einen Separatfrieden das Risiko laufen wollte, Deutschland eine Chance zur Wiedererstarkung zu geben, die über kurz oder lang zu einer neuen, schweren Bedrohung Rußlands führen mußte. In der Botschaft, die Hitler in der Neujahrsnacht 1944/1945 an das deutsche Volk richtete, verzichtete er auf jede antibolschewistische Parole, um um so härter auf die bürgerlich-demokratische Welt des Westens zuzuschlagen. Falls diese auffallende Tendenz als captatio benevolentiae gegenüber Moskau gemeint sein sollte, so ist es angesichts der gesamten, in erster Linie anti-faschistischen, in zweiter Linie keineswegs anti-demokratischen Entwicklung der von Moskau propagierten kommunistischen Parteidoktrin mehr als zweifelhaft, daß sie zu einer Aenderung des außenpolitischen Kurses des Kreml führen wird. Die russischen Kriegsziele gegenüber der «Hitlerregierung oder jeder andern in Deutschland zum Zwecke der Weiterdauer oder Unterstützung der deutschen Aggressionspolitik gebildeten Regierung» — um die Worte des russisch-französischen Bündnisvertrags vom 10. Dezember 1944 zu gebrauchen — heißen: vollständiger Sieg im Bund mit den westlichen Verbündeten Frankreich, Großbritannien und Amerika. Das Versprechen, keinen separaten Waffenstillstand oder Friedensvertrag mit Deutschland zu schließen, bildet den Kernpunkt der Bündnisverträge, die der Kreml im Mai 1942 mit der britischen und im Dezember 1944 mit der französischen Regierung abgeschlossen hat. Die Schwierigkeiten und Spannungen innerhalb der Koalition der «Vereinten Nationen» bestehen zweifellos und werden nicht weggeleugnet; aber das bedeutet noch keineswegs, daß Deutschland Chancen hat, einen Separatfrieden schließen zu können — was doch eigentlich die *einzige* Rechtfertigung für die Fortsetzung des Kampfes unter den gegenwärtigen Bedingungen wäre.

Wie steht es nun eigentlich mit diesen Schwierigkeiten zwischen den Verbündeten? Nehmen wir zunächst nur die «Großen», unter Weg-

lassung der Kleinstaaten. Lassen wir auch China beiseite, da dieses faktisch nur mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten verbündet ist und bleiben wird, solange sich Sowjetrußland nicht am Krieg gegen Japan beteiligt (und das hat es vorsichtig vermieden, solange seine Armeen die große Last des Krieges in Europa tragen mußten). Die Geschichte dieses Krieges ist politisch die Geschichte einer Folge verschiedener Bündnissysteme. Das erste Bündnissystem bestand in der britisch-französischen Garantie für Polen — die übrigens, wie protokollarisch feststeht, nur gegen einen *deutschen* Angriff spielen sollte und tatsächlich am 3. September 1939 in Aktion trat. Dieses erste Bündnissystem brach mit der Niederlage Polens und mit der Niederlage und dem Waffenstillstand Frankreichs zunächst zusammen. Das zweite Bündnissystem entstand am 22. Juni 1941 zwischen Großbritannien und Sowjetrußland — am Tage, als auf Hitlers Befehl die deutschen Armeen die russische Grenze überschritten und am gleichen Abend Churchill den Russen alle nur mögliche Hilfe versprach. Man kann sagen, daß seither das Bündnis zwischen London und Moskau das fundamentale Bündnis in dem komplizierten System der «Vereinten Nationen» ist; es wurde am 26. Mai 1942 durch einen Vertrag besiegelt, der auf eine Dauer von 20 Jahren, vom Kriegsende an gerechnet, abgeschlossen wurde. Mit Pearl Harbour begann — am 6. Dezember 1941 — das dritte und vierte Bündnissystem: das dritte betrifft nur Ostasien und den Pazifik und schließt die dortigen Feinde Japans — Großbritannien, Vereinigte Staaten von Amerika, China, Niederländisch-Indien — zusammen; das vierte entsprang aus der Kriegserklärung Hitlers und Mussolinis an die Vereinigten Staaten, wodurch diese in Waffenbrüderschaft mit Großbritannien und Sowjetrußland auf den Schlachtfeldern Afrikas, des Mittelmeeres und Europas traten. Es darf nicht übersehen werden, daß die verfassungsrechtlichen Verhältnisse der Vereinigten Staaten dem Präsidenten den Abschluß formeller Bündnisverträge nicht gestatten. Kein Pergament bindet Washington an London, Moskau oder Tschungking. Wohl hatten Präsident Roosevelt und Premierminister Churchill während ihres Treffens irgendwo auf dem Atlantischen Ozean am 14. August 1941 (also noch *vor* dem Eintritt der USA. in den Krieg!) eine grundsätzliche Erklärung abgegeben, die unter dem Namen Atlantik-Charta bekannt ist. Ein amerikanisch-russisches Abkommen, das aber nicht Bündnischarakter hat, wurde am 11. Juni 1942 unterzeichnet. Die Traditionen der USA. als nicht-europäische Macht, ihre geographische Lage, ihre Interessen in Südamerika, im Pazifik und in Ostasien halten sie davon ab, sich allzu eng in ein europäisches Bündnissystem verwickeln zu lassen: wenn auch nicht geradezu der Isolationismus, so ist doch der Grundsatz des no entanglement in Amerika nach wie vor

lebendig. Er kam in der — anläßlich der polnischen Frage abgegebenen — Erklärung des neuen Staatssekretärs Stettinius zum Ausdruck, die USA. könnten keine europäischen Staatsgrenzen garantieren. Mehr als eine eigentliche Bündnispolitik, entspricht es amerikanischem Denken, zur Friedenssicherung und Kriegsverhütung weltweite Friedens- oder Sicherheitsorganisationen vorzuschlagen; die Empfehlungen der Konferenz von Dumbarton Oaks sollen den Ausgangspunkt eines derartigen, künftigen internationalen Sicherheitssystems bilden. — Durchaus der traditionellen europäischen Bündnispolitik entsprang das neue — in der Chronologie dieses Krieges fünfte — Bündnissystem, das seinen Ausgangspunkt in dem in seiner Freiheit und Souveränität wiederhergestellten Frankreich hat: ein halbes Jahrhundert, nachdem die Dritte Republik ihr Bündnis mit dem zaristischen Rußland abgeschlossen hatte, schloß de Gaulles Außenminister in Moskau mit dem Vertreter der Sowjetunion einen Allianzvertrag von 20 Jahren Gültigkeit ab. So kommt zu der Kraftlinie London-Moskau die Kraftlinie Paris-Moskau; das Dreieck soll dem Vernehmen nach durch einen entsprechenden Vertrag Paris-London geschlossen werden — wobei alle drei Verträge unter ausdrücklichem Vorbehalt einer allgemeinen Friedens- und Sicherheitsorganisation stehen, worin die Rücksichtnahme auf das mächtige Amerika sowie auf die kleinen Verbündeten deutlich zum Ausdruck kommt.

Es ist nun nicht zum Verwundern, wenn es in diesem komplizierten System an Harmonie fehlt. Die Entwicklung der militärischen Operationen und die Vorgänge in den von der deutschen Herrschaft befreiten und in überaus jammervollem Zustand übernommenen Ländern tragen das Ihre bei, um zu manchmal etwas gereizten Auseinandersetzungen zu führen. Diese Auseinandersetzungen haben in den demokratischen Ländern auch innenpolitische Ausstrahlungen — es genügt, die Unterhausdebatten über Polen, Griechenland und Italien, die Diskussionen am Kongreß der Labourpartei und im allgemeinen die englische Presse zu lesen. Dennoch lassen sich einige große Linien erkennen. Man hört oft von den «angelsächsischen Mächten» sprechen — und meint implicite ihren Gegensatz zu Rußland, vielleicht auch zum neuen Frankreich, das ja jetzt der Verbündete Moskaus ist. Vor derartigen Verallgemeinerungen kann nicht nachdrücklich genug gewarnt werden. Nichts berechtigt in der Tat zu behaupten, daß die politische Verbindung zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten enger und harmonischer ist als etwa diejenige zwischen Großbritannien und der Sowjetunion. Jedenfalls wäre es falsch, anzunehmen, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten im Verlauf dieses Krieges in den meisten Fragen übereinstimmten, wie es falsch wäre, zu glauben, daß in den meisten Fragen die Interessen der

Sowjetunion und diejenigen Großbritanniens einander zuwiderliefen. Der Entschluß der britischen Regierung — in der, man vergesse es nicht, die beiden größten Parteien des Landes vertreten sind —, die britische Außenpolitik auf eine Dauer von 20 Jahren, vom Kriegsende an gerechnet, mit derjenigen Rußlands zu verbinden, ist einer der außerordentlichsten Wendepunkte in der diplomatischen Geschichte Englands. Dieses gibt damit seinem Kriegsverbündeten die Zusicherung, daß es nicht zu seiner Tradition zurückzukehren beabsichtigt, nach Kriegsende von neuem dem Schwachen gegen den Starken auf dem Kontinent zu helfen. Die Rivalität Rußland-England im Mittelmeer, im Nahen Osten und in Zentralasien kann vernünftigerweise nicht weggeleugnet werden; aber ebensowenig kann geleugnet werden, daß mit Ausnahme des Krimkrieges, der für England eine unglückliche Erfahrung und dessen Ergebnis auf die Dauer gleich null war, nie ein großer Krieg zwischen diesen beiden Reichen stattgefunden hat. Wohl aber haben sie jedesmal, wenn Europa von einer Hegemonie bedroht war — zur Zeit Napoleons, Wilhelms II., Hitlers —, gemeinsame Sache gemacht. Und vielleicht das Entscheidende ist: nach dem gegenwärtigen Krieg, der sowohl von den Engländern als auch von den Russen so ungeheure Opfer gefordert hat und für beide Länder eine ruhige, geordnete Zeit des Wiederaufbaus so dringend nötig macht, ist es für beide ein Erfordernis des elementaren Selbsterhaltungstriebes, eine längere Periode der Zusammenarbeit und des Wiederaufbaus einzuschalten. England ist den Russen tief verpflichtet für die ungeheure Last, die die Rote Armee sowie Volk und Land der Sowjetunion in diesem Krieg auf sich genommen haben, um dem deutschen Vormarsch die Stirn zu bieten; es ist daher zu Konzessionen an Rußland bereit. Wer die diplomatische Geschichte der letzten 50 Jahre kennt, der weiß, daß England mehr als einmal bereit war, den Russen einen Zugang zum Mittelmeer zu gewähren: das erste Mal, als Lord Salisbury den Mächten eine Teilung der Türkei vorschlug, das zweite Mal, als im ersten Weltkrieg Rußland die Dardanellen als Preis des gemeinsamen Sieges erhalten sollte. Es war immer die Stärke der britischen Außenpolitik, verlorene Positionen nicht gegen jede Vernunft halten zu wollen. Heute gibt es kein Oesterreich-Ungarn mehr, das man als Damm gegen den russischen Einfluß auf der Balkanhalbinsel gebrauchen kann. Hitler wollte diese alte Tradition der Wiener Außenpolitik auf seine Art im Rahmen des Großdeutschen Reiches neu beleben; aber da sie ebensosehr gegen England wie gegen Rußland gerichtet war, blieb England gar nichts anderes übrig, als mit der russischen Bundesgenossenschaft auch den russischen Einfluß auf dem Balkan mit in Kauf zu nehmen. Im Oktober 1944 haben Churchill und Stalin in Moskau offensichtlich einen Kompromiß über ihre

Balkanpolitik geschlossen, der insofern in den seitherigen militärischen Operationen in Erscheinung trat, als die russischen Armeen *nicht* zu den Küsten der Aegäis und der Adria vormarschierten. In Jugoslawien unternahmen London und Moskau gemeinsam den Versuch, die Befreiungsbewegung Titos mit der Exilregierung Subasic zusammenzuspannen. Daß in der wahrhaft tragischen polnischen Frage, trotz dem weitgehenden Entgegenkommen der Regierung Churchill, die Einigung noch nicht perfekt ist, braucht wohl nicht besonders betont zu werden; aber es fällt in die Augen, daß für die Verbündeten Polens aus dem Jahr 1939 — England und Frankreich — heute das Bündnis mit Moskau in erster Linie steht. Leider haben die Vorgänge im polnischen Lager selbst — die Opposition, auf die der zur Verständigung mit Moskau bereite Ex-Ministerpräsident Mikolajczik bei seinen Landsleuten in London stieß — sich zuungunsten der polnischen Interessen ausgewirkt.

Man mag die Dinge sehen, wie man will: die englisch-russische Einigung in den Balkanfragen, die gemeinsame Anerkennung der Regierung de Gaulle in Frankreich, die Vermeidung einer Entzweiung wegen Polen, Griechenland, Persien, der Parallelismus der englischen und der russischen Haltung in Italien (wo die Kommunisten nicht an der antimonarchistischen Agitation Sforzas und der Sozialisten teilnehmen) lassen bis zur Stunde keine schwerere Spannung zwischen diesen beiden Verbündeten entdecken. Daß die konservative Gesinnung eines Churchill mit der kommunistischen Doktrin eines Stalin in einem vollständigen weltanschaulichen Gegensatz stehen, bleibt unbestritten; aber die Politiker haben vielleicht im Krieg das Geheimnis der Zusammenarbeit verschiedenartiger Welten und Temperamente entdeckt. Außerdem werden die Völker und die Individuen — im Westen wie im Osten — nach den fürchterlichen Erlebnissen dieses Krieges seelisch, geistig, politisch und wirtschaftlich nicht mehr dort stehen, wo sie 1939, geschweige denn dort, wo sie 1918 waren. Die «Unordnung», die «Revolution», das «Chaos» werden vielleicht nicht mehr dort zu finden sein, wo sie eine überlebte Konvention zu suchen gewohnt ist; und der bürgerliche Konservatismus und Traditionalismus wird vielleicht gerade in den Ländern, in denen er einst seine Hochburg hatte, nicht wieder zu erkennen sein. Wie dem auch sei: es geht nicht an, so wichtige Erscheinungen, wie die englisch-russische Zusammenarbeit, die wiederholten Reden Churchills und Edens über dieses Thema, die unermüdlichen Plädoyers einer konservativen Zeitung, wie der Londoner «Times» für die russische Außenpolitik, als bloß konjunkturbedingte Erscheinungen beiseitezuschieben.

Ihnen entsprach die Rede Stalins vom 6. November 1944, die kurz auf Churchills Besuch in Moskau folgte. Es war auffallend, wie nach-

drücklich der russische Regierungschef von der «durchschlagenden» und «präzisen» Durchführung der Beschlüsse von Teheran und der daraus resultierenden «Konsolidierung» und «Stärkung» der Front der Vereinten Nationen sprach. Selbst die Beschlüsse von Dumbarton Oaks führte er als einen Beweis für die «Festigkeit der Front der Vereinten Nationen» an: «Es wird viel gesprochen über die Meinungsverschiedenheiten unter den drei Großmächten über einige Sicherheitsfragen», fuhr Stalin fort. «Solche Meinungsverschiedenheiten bestehen natürlicherweise. Auch unter den Mitgliedern der gleichen Partei kann es Meinungsverschiedenheiten geben. Um so mehr muß es Meinungsverschiedenheiten unter den Vertretern verschiedener Staaten und verschiedener Parteien geben. Das Ueberraschendste besteht nicht in diesen Meinungsverschiedenheiten, sondern darin, daß es so wenig Meinungsverschiedenheiten gibt, und daß diese wenigen Meinungsverschiedenheiten dank der Einigkeit und den gemeinsamen Aktionen der drei Großmächte fast immer überwunden werden können.» In einem anderen Abschnitt der gleichen Rede, der den Besprechungen mit Churchill und Eden gewidmet ist, führte Stalin noch aus: «Während des ganzen Krieges unternahmen die Anhänger Hitlers verzweifelte Versuche, die Vereinten Nationen zu trennen und sie untereinander aufzuspalten. Aber wir wissen, wie nutzlos die Versuche faschistischer Politiker waren, die Allianz der Großmächte zu sprengen. Das Bündnis zwischen unserem Land, Großbritannien und den Vereinigten Staaten stützt sich nicht auf zufällige und zeitweilige Motive, sondern auf vitale, dauernde Interessen.» Das war vielleicht die wichtigste außenpolitische Rede, die Stalin je gehalten hat, und es fällt auf, mit welchem Nachdruck er dem Wunsch Ausdruck gab, daß «das Großmachtbündnis, das während mehr als drei Jahren seine Probe bestanden und zum Sieg der Völker geführt hat, die sich zur Verteidigung ihrer Freiheit und Ehre erhoben haben, auch die Probe bestehen wird in der abschließenden Kriegsphase.» In der gleichen Rede bezog Stalin auch zum erstenmal öffentlich Stellung gegen Japan. Wenn man der Wahrheit die Ehre geben will, findet man überall als Leitmotiv Stalinscher Außenpolitik den Wunsch, die Zusammenarbeit mit den anderen Großmächten zu perpetuieren. Letzten Sommer sagte er zum Präsidenten der Neuyorker Handelskammer, einem Republikaner: «Hitler hat etwas Gutes vollbracht. Er hat das russische und das amerikanische Volk zusammengebracht. Wir dürfen es nie zulassen, daß wieder etwas dazwischenkommt. Wir müssen nach dem Krieg zusammenarbeiten.» Diese Zusammenarbeit ist im britisch-russischen Bündnisvertrag von 1942 in außerordentlich weitgehende Artikel gefaßt worden: militärische Hilfe gegen einen neuen deutschen Angriff, gemeinsame Organisation der Sicherheit und der

HOTHEK der E. T. H.

wirtschaftlichen Prosperität Europas, jede Art von gegenseitiger wirtschaftlicher Hilfeleistung nach dem Krieg. Aehnliche Zusicherungen machen sich Frankreich und Rußland in ihrem Bündnisvertrag vom 10. Dezember 1944 in bezug auf die Nachkriegszeit. — Warum diese Aufzählungen? Weil dies alles nicht nach einer Eintagspolitik, sondern vielmehr nach einer Politik auf weite Sicht aussieht. Gewiß kann kein Mensch sagen, ob die Männer, die diese Bündnisse schmiedeten, die diese Wünsche und diese beschwörenden Worte aussprachen und diese Verträge unterzeichneten, die Kraft haben werden, die Ereignisse zu meistern. Aber nichts berechtigt dazu, an ihrer Aufrichtigkeit zu zweifeln; denn alles deutet daraufhin, daß andere Alternativen für ihre Länder, für Europa und für die Welt ein namenloses Unglück bedeuten würden. Mit dem Gedanken eines kriegerischen Zusammenstoßes zwischen den westlichen Alliierten und Sowjetrußland zu spielen, ist eine frevelhafte Frivolität — obschon sie bei gewissen Journalisten heute recht beliebt ist. Wem sollte ein derartiger Zusammenstoß etwas nützen? Was würde er Gutes bringen? Welche Aussichten für einen besseren Frieden würde er in sich schließen? Diese Fragen stellen, heißt sie beantworten. Nach dem ersten Weltkrieg wurde der Frieden ohne Sowjetrußland geschlossen. Er war von kurzer Dauer. Er wird nach diesem Weltkrieg mit Sowjetrußland geschlossen werden, wie er auf dem Wiener Kongreß mit Rußland geschlossen worden ist — trotz den Spannungen, die damals schon zwischen Ost und West, zwischen den Verbündeten England und Rußland bestanden haben; was aber nicht verhinderte, daß die Wiener Schlußakte eine der stabilsten Friedensordnungen darstellte, die jemals für die ewig fließende europäische Staaten- und Völkerwelt gefunden wurde.

Als am 25. November 1943 der südafrikanische Premierminister, Marschall Smuts, in einer Rede in London von Rußland sagte, es werde die beherrschende Großmacht in Europa sein, die kleinen Demokratien Westeuropas würden gut daran tun, sich an Großbritannien anzulehnen, als dritte Großmacht werde nach der Ausschaltung Japans nur noch das mächtige Amerika in der Welt übrig sein, erregte der berühmte Afrikander großes und teilweise recht unliebsames Aufsehen. Vielleicht unterschätzte Smuts tatsächlich die Vitalität und politische Manövrierfähigkeit der mittleren und kleineren Staatengebilde. Frankreich und sein Empire nehmen heute schon eine Schlüsselstellung im Spiel der internationalen Politik ein, die allerdings seine eigenen verantwortlichen Lenker weder über die eigene wirtschaftliche Notlage noch über die fürchterliche Schwächung der Volkskraft infolge des von Hitler gegen Frankreich geführten biologischen Krieges hinwegtäuscht. Wenn man die in der franzö-

sischen Konsultativversammlung zur Außenpolitik gehaltenen Reden liest, so fällt vor allem der Wille auf, aus dem Vergangenen zu lernen. Was Frankreich 1914 an der Marne rettete, war das aktive Militärbündnis mit Rußland, dessen Armeen in Ostpreußen eingefallen waren; was Frankreich nach 1918 bitter fehlte, war ein bindendes Beistandsversprechen seitens der angelsächsischen Mächte; was den Völkerbund lähmte, war das Wegbleiben der Vereinigten Staaten; was die französische Regierung 1936 verhinderte, manu militari den Einmarsch deutscher Divisionen ins Rheinland zu verhindern, war das Veto der britischen Regierung. Trotz der endlichen Erneuerung des Bündnisses mit Großbritannien kurz vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges war die militärische Hilfe der Engländer 1940 verhältnismäßig schwach, weil sie kaum begonnen hatten, die allgemeine Wehrpflicht wieder einzuführen. Es konnte daher für die Regierung des befreiten Frankreich nicht wünschenswert sein, ihre Außenpolitik ausschließlich auf ein Bündnis mit den angelsächsischen Mächten aufzubauen. «Die Engländer und Amerikaner werden wieder gehen, wir werden bleiben». Frankreich kann nicht riskieren, daß seine Stellung nur stark ist, solange sie von den Angelsachsen gestützt wird, und sogleich erlahmt, wenn die angelsächsische Unterstützung aus irgendeinem Grund in Zukunft wieder aussteht. Frankreich muß seine eigene Außenpolitik haben können; diese kann nicht bloß die Funktion der Außenpolitik überseeischer Mächte sein, deren Hauptinteressen nicht auf dem Kontinent sind. Frankreich kann nur dann vertrauensvoll in die Zukunft blicken und auf lange Sicht für die Wohlfahrt seines Volkes arbeiten, wenn die deutsch-französische Frage, die nach dem ersten Weltkrieg ungelöst blieb, einer befriedigenden Lösung entgegengeführt wird. Außerdem muß die Friedenssicherung nach dem Krieg universell sein, da Frankreich nicht am Rhein allein, sondern auch im Mittelmeer, in Osteuropa, im Nahen Osten, in Afrika, in Amerika und in Ostasien Interessen besitzt. Das waren die Argumente, die in Paris in den letzten Wochen des Jahres 1944 zu hören waren.

Es wäre ein Irrtum, zu glauben, daß der bilaterale Bündnisvertrag zwischen Frankreich und der Sowjetunion hauptsächlich auf russisches Betreiben zustande kam; dem Vernehmen nach bedurfte es im Gegenteil eines gewißen Maßes von Drängen und Zureden der Pariser Regierung, um den Kreml für einen bilateralen Vertrag zu gewinnen. Gewiß hätte es für die russische Politik — aber auch für Europa als Ganzes — nichts Verlockendes, wenn unser Kontinent durch die Bildung eines sogenannten «Westblocks» in zwei mehr oder weniger hermetische Sphären aufgespalten würde; aber Frankreich hatte ein ebenso großes Interesse daran, einer derartigen Westblockbildung, wie sie von der englischen Zeitung «Economist» lanciert und in Eng-

land eine Zeitlang diskutiert wurde, zuvorkommen. Als Churchill am 11. November zu einem triumphalen Empfang nach Paris kam, wußte er längst, daß ein reines Westbündnis, wie es offenbar Smuts und dem «Economist» vorschwebte, nicht den Intentionen der französischen Regierung entsprach. Denn in einer Pressekonferenz, die General de Gaulle am 25. Oktober abgehalten hatte, hatte sich dieser folgendermaßen geäußert: «Ich erlaube mir, Ihnen zu sagen, daß der Ausdruck ‚Block' der westeuropäischen Nationen nie von der französischen Regierung verwendet wurde. Ich glaube nicht, daß dieser Ausdruck das bezeichnet, wovon wir gesprochen haben. Ich glaube nicht, daß man einen Block der Staaten Westeuropas machen muß. Ich glaube nur, daß für die Staaten Westeuropas, in ihren Beziehungen untereinander — z. B. Frankreich in seinen Beziehungen zu Belgien und Holland, England in seinen Beziehungen zu Belgien und Holland, Frankreich in seinen Beziehungen zu England —, da sie unmittelbar benachbart sind, die Organisierung ihrer Beziehungen, was ihre gemeinsame und unmittelbare Sicherheit und auch was ihre Handels- und Wirtschaftsbeziehungen betrifft, eine sich aufdrängende Angelegenheit ist. Aber es handelt sich nicht um einen Block, es handelt sich vor allem nicht darum, den Rest Europas von irgendeinem andern Teil Europas abzutrennen. Das wäre ein Unsinn und eine schlechte Politik; denn Europa ist eine Einheit.»

Bei der ungewöhnlichen geistigen Sicherheit und Charakterstärke, mit der de Gaulle seine Politik zu vertreten pflegt, kann man nicht zweifeln, daß er auch bei seinen sicherlich nicht leichten Verhandlungen in Moskau für die Bewahrung der Einheit Europas plädierte — wäre es nur, weil er Frankreichs Interessen auch an Fragen des Mittelmeeres und Osteuropas anmeldete. Bei der Debatte, die in der französischen Konsultativversammlung über den Bündnisvertrag vom 10. Dezember stattfand, kam deutlich zum Ausdruck, daß dieser in den Augen der französischen Politiker eine Art Rückversicherungsvertrag gegenüber Großbritannien und Amerika bildet, aber ein enges Bundesverhältnis mit diesen Mächten keineswegs ausschließen soll. Das ist auch der Grund, warum das Russenbündnis in Frankreich einstimmige, auch von den konservativen Kreisen — z. B. von Graf d'Ormesson im «Figaro» — geteilte Zustimmung fand (worin sich übrigens die französischen Konservativen von den englischen nicht unterscheiden). Zwei kleine Episoden würzten übrigens de Gaulles Moskauer Aufenthalt in einem für die heutige Weltlage charakteristischen Sinne: am ersten Sonntag ging er in der russischen Hauptstadt zur Messe, worauf ein offizielles Bankett bei Stalin und abends eine Galavorstellung im Bolschoitheater stattfand. Am Vorabend der Unterzeichnung des sowjetrussisch-französischen Bündnisses, am

9. Dezember, gab der Vatikan seine Anerkennung der Regierung de Gaulles bekannt.

Das neue Frankreich ist zweifellos auf dem europäischen Festland die Brücke zwischen zwei Welten, zwischen zwei Zeitaltern, zwischen zwei Politiken. Es kann als solche eine bedeutendere historische Rolle spielen denn als bloßer Landekopf der angelsächsischen Mächte in Westeuropa. Mit England allerdings werden Frankreich enge Beziehungen verbinden; denn die Interessen der beiden Mutterländer und Empires sind auf allen Kontinenten und in allen Weltmeeren komplementär. Der frühere Premierminister Baldwin sprach einst das aufsehenerregende Wort von der britischen Grenze, die nicht an den Kreidefelsen von Dover, sondern am Rhein sei. Frankreich war gleich wie England das Opfer der neudeutschen Expansionswelle in Westeuropa, der Mussolinischen Expansionspolitik im Mittelmeer und des japanischen Angriffs auf Indochina, Malaja und Burma. Wenn es eines Beweises bedurft hätte, daß eine Entzweiung zwischen Frankreich und England für beide Nationen geradezu tödliche Gefahren mit sich bringt, dann hätte das Vichy-Regime diesen Beweis erbracht, als es den Deutschen die Atlantikhäfen als Angriffsbasen gegen England zur Verfügung stellte, als es vom 22. Juni 1940 an den Engländern die Unterstützung durch die französische Flotte, durch die französischen Kolonialtruppen und durch die französischen Stützpunkte im Mittelmeer und in Afrika entzog, als es 1941 in Syrien durch General Dentz die Engländer bekämpfen ließ und 1942 durch Admiral Esteva Tunis an die Deutschen auslieferte. Es handelt sich bei Bündnissen zwischen Großmächten meistens nicht um Gefühle; aber Frankreich hat in diesem Krieg gelernt, welch entsetzliches Schicksal es seitens seines deutschen Nachbarn zu gewärtigen hat, wenn es das Bündnis Rußlands und Englands entweder nicht erhält oder selber glaubt, darauf verzichten zu können; aber auch die Russen, Engländer und Amerikaner wissen nun, welchen außerordentlichen Wert Frankreich — und wäre es nur wegen seiner strategischen Lage in Afrika, im Mittelmeer und in Europa — im Kampf gegen Deutschland und Italien hat, und wie schwierig und verlustreich ein solcher Krieg zu führen ist, wenn Frankreich nicht mitmacht, ausscheidet oder sich auf die Seite des Gegners schlägt. Weshalb denn Frankreich im politischen Spiel der Mächte, selbst wenn seine Bevölkerungszahl nicht allzu groß, seine Wirtschaft sehr geschwächt und seine neue Armee noch klein ist, eine starke Stellung einnimmt. Daß übrigens die alten Ideale des Völkerbundes, der internationalen Zusammenarbeit und Friedenssicherung in den besten Köpfen noch lebendig sind, bewies ebenfalls die Diskussion in der Konsultativversammlung: die Sprecher der Regierung mußten ausdrücklich die Zusicherung abgeben, daß der

Bündnisvertrag mit Rußland nicht eine aktive Teilnahme Frankreichs an den Weltsicherheitsplänen im Sinne von Dumbarton Oaks ausschließe, mit deren Studium die Regierung den bekannten Völkerbundsspezialisten und früheren Ministerpräsidenten Paul-Boncour beauftragt hat. Aber welche Wandlung in Frankreich infolge des Krieges vorgegangen ist, illustriert am besten die Person des Außenministers Georges Bidault: als Redaktor der katholischen «Aube» war er einst einer der überzeugtesten Fürsprecher des Völkerbundes, der Locarnoverträge und der Briand-Politik, die sich eine Verständigung mit dem demokratischen Deutschland zum Ziel setzte. Heute vertritt er eine nationale Sicherheitspolitik gegenüber einem Deutschland, in das kein Franzose mehr Vertrauen haben kann und dem daher jenes Industriepotential im rheinisch-westfälischen und im schlesischen Gebiet entzogen werden soll, dessen freier Besitz es befähigen könnte, innerhalb von 20 oder 30 Jahren nach einer militärischen Niederlage eine neue Angriffsarmee auszurüsten. Es ist vielleicht tragisch, aber nicht abzuleugnen, daß die deutsche Frage, die seit 1914 die Welt in Atem hält und die Menschheit so viel Blut, Schweiß, Tränen und Ruinen gekostet hat, die künftigen Friedensregelungen hauptsächlich beherrschen wird.

Abgeleugnet kann auch nicht werden, daß die europäische Art, die Dinge zu sehen, Politik zu machen und Krieg zu führen, in der Oeffentlichkeit der Vereinigten Staaten ein gewisses Unbehagen ausgelöst und teilweise recht massiver Kritik gerufen hat. England hat es seit mehr als einem Jahrhundert stets sorgfältig vermieden, sich in machtpolitische Auseinandersetzungen mit den USA. verwickeln zu lassen, obschon deren Expansion — z. B. im Karibischen Meer und im Pazifik — teilweise auf Kosten der britischen Welt- und Seemacht gingen. Was man aber in England den angelsächsischen Verwandten jenseits des Ozean weniger verzeiht als ihren Machtzuwachs auf britische Kosten, ist die moralische und belehrende Art, in der die Amerikaner ihre britischen Verbündeten, jedesmal, wenn diese in Schwierigkeiten geraten, Ratschläge zu erteilen pflegen oder sie zu kritisieren. Selbst die sehr amerikafreundliche Wochenschrift «Economist» schrieb vor kurzem: «Was nützen schließlich die mühseligen Versuche, die britische Politik den amerikanischen Wünschen anzupassen?» Und die konservative, dem Außenminister Eden nahestehende «Yorkshire Post» schrieb am 2. Januar 1945, die Lage zwischen den beiden Ländern sei «schlimmer als seit langer Zeit»; diese Zeitung beklagt sich darüber, daß viele Amerikaner die britische Regierung «äußerst unanständig angegriffen» hätten, hauptsächlich wegen ihrer Politik in Indien, Palästina, Italien, Polen und Griechenland. Man sage in Amerika «unfaire, unangenehme Dinge über Großbritannien

und seinen Anteil am Krieg». Während die «Yorkshire Post» offen ihrer Entrüstung Ausdruck gibt, weist die «Times» am 3. Januar 1945 mit unverhohlener Besorgnis auf die Symptome hin, die auf eine Rückkehr zum Isolationismus in der amerikanischen Politik schließen läßt. Sehr richtig bemerkt die «Times»: «Der amerikanische Isolationismus lebte immer vom populären Glauben an die Verdorbenheit der europäischen Politik. Doch charakterisiert er in Wirklichkeit die tiefgehende Besorgnis und Verwirrung über den Komplex internationaler Fragen, in die Amerika, ob es will oder nicht, verwickelt wird. Es ist kein Zufall, daß die Diskussion über das Thema ‚Machtpolitik' geht. Doch das wirkliche Problem ist nicht Machtpolitik oder nicht, sondern ob die amerikanische Macht ein effektiver, permanenter Faktor in der europäischen Politik sein wird.» Man kann der Londoner Zeitung ebenfalls zustimmen, wenn sie die Entrüstung der Amerikaner über «Einflußgebiete» als abwegig bezeichnet; es sei doch wohl kaum so, daß für England eine Bedrohung der Mandschurei ebenso schicksalhaft sein, wie eine Bedrohung Belgiens, und für Amerika liege wohl das Schicksal Panamas näher als dasjenige Polens — «da selbst die größten Mächte Grenzen anerkennen müssen, über die ihre Macht nicht hinausgeht».

Die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten und ihrer Vertreter im Kongreß haben in europäischer Politik nicht die gleiche, jahrhundertealte Erfahrung — können sie auch gar nicht haben — wie etwa die Engländer, Franzosen, Russen, Holländer usw. Das ist kein Vorwurf, das ist eine Feststellung, die sich aus geographischen, historischen und ethnischen Voraussetzungen leicht erklären läßt. Indessen werden die USA. aus diesem Krieg mit einer ungeheuren Macht hervorgehen, und es wäre außerordentlich tragisch, wenn sie ein zweites Mal Europa in seinen Nöten im Stich lassen würden. Die europäische Politik ist nicht besonders verworren, sie ist nur komplexer als diejenige der Neuen Welt. Europa macht den Nordamerikanern keine Vorwürfe aus den gewaltigen und ungeheuer reichen Ländern, die sie im 19. Jahrhundert den Franzosen, Mexikanern, Russen und Spaniern abgenommen haben, noch aus den politischen Weiterungen, zu denen der Bau des Panamakanals geführt hat, noch aus ihrer Politik in Südamerika. Es gibt indessen gewisse Lagen und Verwicklungen, in die sich, mangels eigener Erfahrung, die Amerikaner nicht hineindenken können, und die typisch europäische Lagen und Verwicklungen sind; es gibt ein historisch gewordenes Konzert der Mächte, ein Spiel der großen Politik, das nicht ignoriert werden kann, wenn die Alte Welt nicht aus den Fugen gehen soll, es gibt eine Vielzahl von Nationen, kleinen und großen, eine Unmenge von kontroversen Problemen, eine äußerst komplizierte Ueberlagerung innen- und außen-

politischer Vorgänge, die sich nicht immer mit guten Worten und moralischen Ratschlägen, ja nicht einmal immer mit der Zauberformel des Selbstbestimmungsrechts der Völker glatt lösen lassen. Das sind Dinge, die ein normaler europäischer Kopf, ob er westlich oder östlich ist, ohne weiteres versteht, die aber für Amerikaner sehr schwer zu verstehen sind. Und doch wäre gerade Amerika, wie keine andere Macht der Welt, mit seinem gigantischen, intakten Produktionsapparat, mit seiner optimistischen gesunden Volkskraft, mit seinem guten, lebensbejahenden Willen, mit seinem praktischen Sinn und seiner Loyalität in allen menschlichen Beziehungen berufen, in dem schwer darniederliegenden Europa helfend, ratend, mitarbeitend, verständnisvoll einzugreifen. «Wir müssen nie zulassen, daß wieder etwas dazwischenkommt. Wir müssen nach dem Krieg zusammenarbeiten.» Das schon zitierte Wort Stalins sollte sich nicht nur auf die Beziehungen Rußlands zu den USA., sondern auf diejenigen ganz Europas zu der westlichen Hemisphäre beziehen. Eine Katastrophe, wie sie die Weigerung des Senats von Washington war, den Vertrag von Versailles und den Völkerbundspakt zu ratifizieren, darf nicht ein zweites Mal vorkommen. Das Unheil, das daraus entstehen würde, wäre nicht nur für Europa, sondern auch für Amerika unermeßlich.

Diesen Gefahren, die die Strömungen in der öffentlichen Meinung Amerikas mit sich bringen, trat am 6. Januar Präsident Roosevelt mit seiner Botschaft an den Kongreß entgegen. Es ist zweifellos ein Glück für Amerika und für Europa, daß Roosevelt mit gestärkter Autorität auftreten kann, nachdem er von den Bürgern der USA. wiedergewählt wurde und am 20. Januar eine neue Amtsperiode von vier Jahren antreten kann. Denn wie kaum je ein Präsident vor ihm kennt er nicht nur die schwierigen innenpolitischen Verhältnisse seines Landes, sondern beherrscht er auch die weltpolitischen Probleme. Auch nach seiner Ansicht haben sich die Vereinten Nationen «nicht allein um des Krieges, sondern um des Friedens willen, für den dieser Krieg geführt wird», zusammengeschlossen. Den Amerikanern ruft er ins Gedächtnis, daß sie Freunde brauchen, mit denen sie zusammen arbeiten können. «Es ist verständlich», heißt es in der Botschaft des Präsidenten, «daß wir, je näher wir dem Zusammenbruch des Feindes kommen, desto mehr auch unausbleiblich der individuellen Unterschiede unter den Siegern gewahr werden; aber diese dürfen uns weder trennen, noch unsere gemeinsamen Interessen vergessen lassen. Die internationale Zusammenarbeit ist aber keine Einbahnstraße. Es hilft der Zusammenarbeit und dem Fortschritt nur wenig, wenn irgendein Volk annimmt, daß es ein Monopol auf die Weisheit und Tugend besitzt.» Wohl dürfe der Mißbrauch der Macht nicht die internationalen Beziehungen beherrschen; aber auch der «Perfektionismus»,

unter dem Roosevelt die moralisierende Tendenz seiner Landsleute versteht, nur vollkommenen Lösungen der internationalen Streitfragen ihre Unterstützung zu leihen, können den Weg zum internationalen Frieden verbarrikadieren. Roosevelt traf ins Schwarze, als er sagte: «Ich erinnere daran, daß der Rückzug in den Isolationismus vor 25 Jahren nicht durch einen direkten Angriff auf die internationale Zusammenarbeit, sondern gegen die erkannte Unvollkommenheit des Friedens erfolgt ist. Wir hatten die Hoffnung auf einen allmählich besseren Frieden aufgegeben, weil wir nicht den Mut hatten, die Verantwortung in einer unvollkommenen Welt zu übernehmen. Dies wird nie wieder geschehen, denn sonst werden wir wiederum auf die Straße zum dritten Weltkrieg gelangen.»

So lange die Administration Roosevelt das Heft fest in der Hand hält und sich die Gefolgschaft der Kongreßmehrheit zu sichern versteht, braucht sich auch Europa nicht über die gelegentlichen Pressekampagnen in Amerika zu beunruhigen. Der Präsident legte sich auch nicht auf bestimmte Lösungen der schwebenden Probleme, wie z. B. die von ihm erwähnten Fragen Polen und Griechenland, fest. Vorsichtig erwähnte er diese Streitpunkte, erwähnte er die Verpflichtungen, die Amerika gegenüber Exilregierungen, Widerstandsbewegungen und Alliierten eingegangen ist, erwähnte er endlich die Schwierigkeit, die es oft bereitet, in befreiten Ländern den wirklichen Volkswillen herauszufinden, was die Regierungsform betrifft, die sich die betreffenden Völker tatsächlich zu geben wünschen. Aber mit seinem sicheren Sinn für politische Realitäten und militärische Notwendigkeiten begrüßte er die Rückkehr Frankreichs in den Kreis der Großmächte. Er stellte Frankreich für den Krieg die Ausrüstung seiner neuen Armee mit amerikanischem Material in Aussicht, und für den Frieden «das Recht Frankreichs, zu einer dauerhaften Lösung des deutschen Problems zu gelangen». Diese kurze und deutliche Erwähnung des europäischen Zentralproblems, das ja viel mehr als das polnische, italienische oder irgendein anderes der Prüfstein für die Festigkeit des Verhältnisses zwischen den vier Mächten USA., Großbritannien, Sowjetunion und Frankreich sein wird, deutet darauf hin, daß Präsident Roosevelt gewillt ist, diesmal den westeuropäischen Staaten die Beihilfe Amerikas zur Lösung dieses vitalen Sicherheitsproblems zu gewähren.

Das bevorstehende Treffen Roosevelt, Churchill, Stalin wird zeigen, wie weit bereits die Einigung der Mächte gediehen ist, um einige wichtige Fragen ihrer Lösung näherzubringen.